

Jahresbericht des Superintendenten zur Herbstsynode 2009

*Was bei den Menschen unmöglich ist,
das ist bei Gott möglich.*

Lukas 18, 27

1. Die Jahreslosung

Die Jahreslosung klingt beim ersten Hören so, als würde hier ein weit verbreitetes Lebensgefühl unserer Zeit noch einmal religiös überhöht. Vor allem die Werbung transportiert dieses Lebensgefühl immer wieder in den unterschiedlichsten Varianten. Eine Baumarktkette wirbt zum Beispiel mit dem Slogan: „Geht nicht? – Gibt’s nicht!“ Oder – kurz und knapp ein Automobilkonzern: „Nichts ist unmöglich!“ In solchen und anderen Sätzen spiegelt sich dieses Lebensgefühl unserer Zeit: Dem Menschen ist alles möglich. Die menschliche Vernunft ist das Maß aller Dinge; menschlichem Erfindungsreichtum und Gestaltungswillen sind keine Grenzen gesetzt. Alles, was ich zum Leben brauche, das kann ich mir erarbeiten oder verdienen. Was mein Leben schön und gut und lebenswert macht, das kann ich mir kaufen. Also: Leben ohne Grenzen, grenzenlose Möglichkeiten für dein Leben.

So ist das, wenn ein Satz aus dem Zusammenhang fällt, in den er untrennbar hineingehört. Denn wenn wir die biblische Geschichte aufschlagen, zu der die Jahreslosung gehört, dann stoßen wir in dieser Geschichte sehr wohl an Grenzen. Wir begegnen einem Menschen, der von Jesus Schritt für Schritt an seine Grenzen geführt wird. In meiner Lutherbibel hat die Geschichte zwei Überschriften: „Die Gefahr des Reichtums“ und – in Klammern gesetzt – „Der reiche Jüngling“. Die letzte Überschrift ist wohl auch deshalb in Klammern gesetzt, weil - zumindest bei Lukas - aus der Geschichte selbst gar nicht hervorgeht, dass der Mann jung war. Was Luther als „Oberer“ übersetzt meint eine „Persönlichkeit in leitender Stellung“; einen Mann also, der es beruflich zu etwas gebracht hatte, nicht nur zu Besitz, sondern auch zu Ansehen und Einfluss. So ganz jung kann der Mann nicht mehr gewesen sein.

Ein reich begüterter, einflussreicher Mann kommt also zu Jesus und fragt: „Was muss ich tun, damit ich das ewige Leben ererbe?“ Das ist doch, wenn es um den Glauben geht, die Kernfrage. Da wird nach den letzten Dingen gefragt, nicht nach irgendetwas Vorläufigem, Belanglosem. Da geht es ums Ganze: Was muss ich tun, damit ich das ewige Leben ererbe? Mir hat diese Frage schon lange niemand mehr gestellt. Obwohl wir doch als Kirche behaupten, dass wir Antwort haben auf die Frage nach den letzten Dingen. Aber so wird heute in der Regel nicht mehr gefragt. Weil die Menschen andere Fragen haben, die ihnen wichtiger sind? Oder weil sie gar nicht mehr erwarten, dass wir Antworten hätten auf die Frage nach dem ewigen Leben?

Aber gesetzt den Fall, es stellte mir jemand diese Frage: Was muss ich tun, damit ich das ewige Leben ererbe? Was würde ich denn antworten? Vermutlich würde ich doch so antworten, wie ich das bei Paulus und bei Luther gelernt habe: „Um das ewige Leben zu ererben, kannst du gar nichts tun! Wenn es um das ewige Leben, um die letzten entscheidenden Dinge geht, dann stehst du als Mensch mit leeren Händen vor Gott und musst es dir gefallen lassen, dass er sie dir füllt.“ „So halten wir nun dafür, dass der Mensch gerecht wird ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben.“ (Römer 3, 29) Wenn die Frage nach dem ewigen Leben, also die Frage nach dem Heil schlechthin der Ausgangspunkt der Geschichte ist, dann lässt sich der Satz der Jahreslosung geradezu als Antwort auf diese Frage verstehen: „Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich.“ Es ist dem Menschen unmöglich von sich aus, das ewige Leben zu erlangen. Ewiges Leben zu geben, ist allein eine Möglichkeit Gottes. Das Menschenmögliche ist vor Gott gerade unmöglich, es bewirkt nichts, verhilft auch nicht zum ewigen Leben. Nur diejenigen, die keine eigenen Möglichkeiten haben und darauf verweisen können, werden von Gott angenommen und kommen zum Ziel!

Für dieses Verständnis der Jahreslosung spricht in gewisser Weise auch der vorangehende Kontext, in den Lukas die Geschichte von der „Gefahr des Reichtums“ eingeordnet hat. Den Auftakt zu Kapitel 18 bildet das Gleichnis von der bittenden Witwe (VV 1-8). Nicht den Richter, dem alle Machtmittel zur Verfügung und alle Möglichkeiten offen stehen, stellt Jesus als Vorbild hin, sondern eine mittellose Witwe, die nur über eine einzige Möglichkeit verfügt, nämlich zu bitten. Daran schließt sich das Gleichnis vom Pharisäer und Zöllner an (VV 9-14) an. Nicht der vorbildliche und von seiner Gerechtigkeit überzeugte Pharisäer ist vor Gott gerecht, sondern der schuldig gewordene Zöllner, der nur bitten kann: „Gott, sei mir Sünder gnädig!“ Es folgt die Geschichte von der Segnung der Kinder (VV 15-17). Den Kindern, die auf keine eigenen Leistungen verweisen können und die in der damaligen Gesellschaft wenig zählten, denen – und Menschen, die so sind wie sie – gehört das Reich Gottes. Die Geschichte von der „Gefahr des Reichtums“ setzt das gemeinsame Thema der drei vorangehenden Abschnitte fort und spitzt es zu. Ein viertes Mal wird jetzt deutlich: Wer vor Gott eigene Möglichkeiten vorzuweisen hat, bekommt genau diese durchgestrichen.

Insofern geht es also in der Jahreslosung gerade nicht darum, ein Lebensgefühl, das keine Grenzen mehr kennt und zulassen will, noch einmal religiös zu überhöhen, sondern wir werden – genau wie der reiche Mann in der Geschichte – an unsere Grenzen geführt: Nur wo wir alle eigenen Möglichkeiten aus der Hand geben, werden wir offen für die Möglichkeiten Gottes. Ewiges Leben kann ich mir nicht verdienen, ich kann es mir nur von Gott schenken lassen.

Ich halte es für legitim, die Jahreslosung auf diese Weise im Horizont der paulinischen Rechtfertigungslehre zu verstehen. Und dennoch fehlt mir dabei etwas. Auf die Frage „Was muss ich tun, damit ich das ewige Leben ererbe?“ lässt der Evangelist Lukas Jesus ja gerade nicht im Sinne der paulinischen Rechtfertigungslehre antworten, sondern Jesus verweist auf die Gebote. Interessanterweise verweist er ausschließlich auf Gebote, die das zwischenmenschliche Zusammenleben regeln; die Gebote, die das Verhältnis des Menschen zu Gott betreffen, lässt er hier unerwähnt. Und im nächsten Schritt ist der Ruf in die Nachfolge die Antwort auf die Frage nach dem ewigen Leben: „Verkaufe alles, was du hast, und gib's den Armen, so wirst du einen Schatz im Himmel haben, und komm und folge mir nach!“ Als der reiche Mann dieser Aufforderung gerade nicht Folge leisten kann oder will, führt Jesus das grundsätzlich auf seinen Reichtum zurück: „Wie schwer kommen die Reichen in das Reich Gottes!“ (V. 24) Dieser Satz und der folgende sprichwörtlich gewordene Vergleich mit dem Kamel und dem Nadelöhr haben in der Theologiegeschichte immer wieder zu Versuchen geführt, dieser Radikalität Jesu ihre Spitze zu nehmen. Ich glaube aber, dass der Evangelist Lukas es an dieser Stelle genauso radikal meint, wie er es wiedergibt. In diesem Verständnis bestärkt mich kein Geringerer als Calvin, dessen 500. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern. In einer Predigt zu dieser Geschichte sagt er: „Christus ... macht auch darauf aufmerksam, welches Hindernis der Reichtum bereitet ... Christus hätte auch sagen können, seine Jünger dürften sich nicht wundern, dass er den Reichen den Zugang zum Himmelreich so schwer mache, da beinahe allen das Übel gemeinsam ist, dass sie ihr Vertrauen auf ihren Reichtum setzen ... Es stimmt zwar, dass Reichtum an und für sich nicht im geringsten daran hindert, Gott zu folgen; aber da nun einmal das menschliche Herz verkehrt ist, kommt es so gut wie gar nicht vor, dass sich die Besitzenden nicht an ihrem Überfluss berauschen.“

Ja, es ist richtig: Die Frage „Was muss ich tun, damit ich das ewige Leben ererbe?“ führt uns Menschen an die Grenze. Dafür etwas zu tun, ist den Menschen unmöglich und bleibt allein Gottes Möglichkeit. Genauso bleibt aber auch der Ruf Jesu in die Nachfolge. Die zweite These der Theologischen Erklärung von Barmen bringt es auf den Punkt: „Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.“

Und deshalb stellt mir die Jahreslosung auch die kritische Frage: Was hindert mich persönlich, was hindert uns als Kirche, dem Ruf Jesu in die Nachfolge ernsthaft zu folgen? Ist es das, was wir haben und besitzen? Im weltweiten Maßstab gehören die meisten von uns und gehören wir als Kirche zu den Reichen. Was kommt von unserem Reichtum den Armen zu gute? Ich habe keine Patentantwort auf diese Frage. Aber wir müssen diese Frage um Christi willen wach halten. Und weiter: Haben wir uns in unseren Kirchen und Gemeinden so gut eingerichtet, dass wir nur schwer loslassen können, was uns lieb geworden ist? Auch hier habe ich keine fertige Antwort. Aber wir geraten auf den Holzweg, wenn uns diese Frage nicht mehr beunruhigt. Die Nachfolgegeschichten der Bibel zeigen immer wieder, wie auf dem Loslassen und Abgeben Segen liegt. Nicht um des bloßen Verzichtes willen, sondern weil wir im Aufgeben eigener Möglichkeiten offen werden für Gottes Möglichkeiten.

„Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich.“ Im Vertrauen auf diesen Satz Jesu dürfen wir dankbar Heil und Leben aus Gottes Hand als sein Geschenk annehmen. Wir können getrost darauf vertrauen, dass Gott auch da noch anfangen kann, wo wir mit unseren Möglichkeiten am Ende sind. Und möglich bleibt dann auch immer noch, dass Gott selbst uns bereit macht, das loszulassen, was uns hindert, den Weg der Nachfolge Jesu zu gehen und dem Reich Gottes näher zu kommen.

2. Der Streit um das Kreuz

Um Ostern herum gab es ein auffallend hohes Interesse der medialen Öffentlichkeit an dem „Glutkern des evangelischen Glaubens“ (so der Journalist Dr. Matthias Kamann auf der Zukunftswerkstatt der EKD im September dieses Jahres in Kassel), nämlich der Kreuzestheologie. Größere Zeitungen und Sender beschäftigten sich plötzlich mit der Bedeutung des Todes Jesu. Mitausgelöst wurde diese Debatte durch eine Reihe von Rundfunkandachten, die der ehemalige Bonner Superintendent Pfarrer i. R. Burkhard Müller im Februar im WDR gehalten hatte. Müller, viele Jahre auch profiliertes Sprecher des Wortes zum Sonntag, hatte sich in seiner Andachtsreihe kritisch mit der Deutung des Todes Jesu als Sühnopfer für unsere Sünden auseinandergesetzt. Dabei sagte er u. a.: "Ich glaube nicht, dass Jesus für unsere Sünden gestorben ist." Und sinngemäß fügte er hinzu, dass kein Christ, keine Christin dies glauben müsse. Die Andachten lösten heftige Reaktionen aus. Hunderte von Anrufen, Briefen und Emails gingen im Büro des Rundfunkbeauftragten ein. Es gab Zustimmung für Müller: Menschen reagierten erleichtert, weil ihnen die Vorstellung, dass Gott seinen Sohn opfere, um seinen Zorn zu besänftigen, schon immer unerträglich gewesen sei. Heftige Ablehnung blieb ebenfalls nicht aus. So warf der Bonner Theologieprofessor Ulrich Eibach Müller vor, „Morgenandachten zur Verbreitung von Häresien, also zur Zerstörung eines zentralen Inhalts christlichen Glaubens, zu missbrauchen“.

Die Debatte um die Bedeutung des Todes Jesu ist nicht neu. Bereits 2005 erschien ein Buch des Professors der Praktischen Theologie Klaus-Peter Jörns mit dem Titel „Notwendige Abschiede. Auf dem Weg zu einem glaubwürdigen Christentum“ (Gütersloh, 2. Aufl., 2005). Jörns kritisiert, die neutestamentliche Deutung des Todes Jesu als Opfer sei vom griechisch-hellenistischen Opferkult und von jüdischen Sühnopfervorstellungen geprägt und stuft sie als „vorchristlich“ (S. 295) ein. Er postuliert, dass durch die Botschaft Jesu von der unbedingten Liebe Gottes „das zur Sühnopfer-Theologie gehörende religiöse System“ gerade überwunden worden sei. (S. 321) Paulus wirft er vor, mit seinem Gedanken des Sühnopfers, das durch Jesus überwundene System wieder neu zu installieren. Jörns weist darauf hin, dass es auch „opferfreie Möglichkeiten“ gebe, „die Hinrichtung Jesu zu erinnern“ (S. 335) und plädiert daher im Kontext der liturgischen Praxis dafür, von den traditionellen Abendmahlsfeiern Abschied zu nehmen und sich den opferfreien Gedächtnismahlen, wie sie zum Beispiel in der frühchristlichen Kirchenordnung der Didache („Zwölf-Apostel-Lehre“) zu finden sind, zuzuwenden.

Innerhalb der protestantischen Theologie vertritt Jörns damit keine völlig neue Position. Von Kant über Schleiermacher bis hin zu Rudolf Bultmann wird immer wieder Kritik an dem Gedanken des Sühnopfers laut. So schreibt zum Beispiel Rudolf Bultmann: „Wie kann meine Schuld durch den Tod eines Schuldlosen (wenn man von einem solchen überhaupt reden darf) gesühnt werden? Welche primitiven Begriffe von Schuld und Gerechtigkeit liegen solcher Vorstellung zugrunde? Welch primitiver Gottesbegriff? ...“ (Neues Testament und Mythologie: das Problem der Entmythologisierung der neutestamentlichen Verkündigung, 3. Aufl., München 1988, S. 19) Doch diese Debatte ist in unseren Gemeinden nie angekommen und folglich dort auch so gut wie nie geführt worden. So kommt es, dass die öffentliche Aufmerksamkeit, die dieses Thema plötzlich bekommen hat, die einen erschrecken lässt, weil vermeintlich zentrale Glaubensinhalte aufgegeben werden sollen; die anderen atmen erleichtert auf, weil sie den Gedanken des Opfers sowieso für eine archaische Vorstellung und für überholt halten. Ich kann und will an dieser Stelle keine theologische Abhandlung über den Gedanken des Sühnopfers führen. Aber erlauben Sie mir zwei Bemerkungen zu diesem Thema.

Die erste ist persönlicher Natur. Dass Gott seinen Sohn opfert, dass er dieses eine Opfer unbedingt braucht, um seinen gerechten Zorn über die Schuld der Menschen zu besänftigen, halte ich für eine schwer erträgliche Vorstellung. Das habe ich vor über fünfzehn Jahren auch schon in mehreren Predigten zu Karfreitag ausgesprochen – und niemand hat damals daran Anstoß genommen. Und ich halte das nach wie vor für ein falsches und irregeleitetes Verständnis des biblischen Sühnopfergedankens. Die Stärke dieses Gedankens liegt sicher darin, dass er die Trennung des Menschen von Gott und die Verletzung der von Gott gewollten Ordnung ernst nimmt. Dass das Böse Opfer fordert, ist richtig. Aber das Besondere des neutestamentlichen Sühnopfergedankens liegt ja gerade darin, dass nicht wir Menschen Gott Opfer bringen, sondern dass in Jesus Christus Gott sich selbst opfert – aus Liebe. „Hier wird die religionsgeschichtliche Institution des Opfers auf den Kopf gestellt und damit – ein für alle Mal, wie der Hebräerbrief gerne sagt – selbst geopfert.“ (Wilfried Härle, „...gestorben für unsere Sünden“. Die Heilsbedeutung des Todes Jesu Christi. Unveröffentlichter Text eines Vortrags, gehalten 2007 in Frankfurt am Main, Manuskript im Internet abrufbar unter <http://www.whaerle.de/Gestorben%20fuer%20unsere%20Suende.pdf>. Der Sühnopfergedanke, wie ihn Paulus etwa in Römer 3, 25f formuliert („Den [Jesus Christus] hat Gott für den Glauben hingestellt als Sühne in seinem Blut zum Erweis seiner Gerechtigkeit, indem er die Sünden vergibt, die früher begangen wurden in der Zeit seiner Geduld, um nun in dieser Zeit seine Gerechtigkeit zu erweisen, dass er selbst gerecht ist und gerecht macht den, der da ist aus dem Glauben an Jesus.“) ist im übrigen ja nur eine biblische Metapher unter anderen, die benutzt werden, um die Heilsbedeutung des Todes Jesu auszusagen. Daneben gibt es den Gedanken der Versöhnung (vgl. 2. Korinther 5, 19f), die Vorstellung vom Loskauf (vgl. Markus 10, 45), von der Stellvertretung (beeinflusst vor allem durch Jesaja 53, 4ff) und die Metapher vom fröhlichen Wechsel (vgl. Galater 5, 20). Gemeinsam ist diesen unterschiedlichen Vorstellungen, dass sie den Tod Jesu als „für mich“ und „für uns geschehen“ deuten. Und hier liegt für mich das Entscheidende: Der Tod Jesu ist nicht nur irgendein Tod unter vielen, sondern in Jesu Leiden, Tod und Gottverlassenheit nimmt Gott selbst auf sich, was die Menschheit von ihm trennt. „Am Kreuz zeigt sich, was Gott für uns ist. Es zeigt sich in dem, was Gott für uns tut: Er nimmt das, was uns von ihm trennt, weg, indem er es sich selbst zumutet – aus Liebe zu uns Menschen“ (so Präses Nikolaus Schneider in einem Vortrag beim Jahresempfang der Griechisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland). Das ist aber etwas völlig anderes als die Vorstellung, dass Gott durch den Tod Christi erst hätte versöhnt werden müssen. Umgekehrt ist es richtig, wie wir bei Paulus nachlesen können: „Denn Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selber und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu und hat unter uns aufgerichtet das Wort von der Versöhnung.“ (2. Korinther 5, 19) Gott ist Subjekt des Versöhnungsgeschehens und nicht ihr Objekt. Wenn das biblische Menschenbild denn richtig ist, wonach die Abkehr von Gott und damit von der Quelle des Lebens, nicht nur eine Möglichkeit des Menschen ist, sondern für den Menschen immer schon vorfindliche Wirklichkeit

(„Denn das Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf“, Genesis 8, 21), dann bleibt die mit Kreuz und Auferstehung bewirkte Versöhnung zwischen Gott und Mensch, zwischen Gott und Welt zentrales Thema des christlichen Glaubens. Diesem zentralen Thema einfach den Abschied zu geben, steht uns nicht an. Es mag ja sein, dass die Bildsprache unserer Tradition in vielerlei Hinsicht interpretationsbedürftig ist, um zentrale biblische Aussagen heutigen Menschen verständlich zu machen. Aber an diesem Punkt fängt die Aufgabe der Theologie doch erst an. Wie sagte Wolfgang Huber in seinem Eröffnungsvortrag der Zukunftswerkstatt der EKD in Kassel? „Es geht um eine Theologie, die in aller Wissenschaftlichkeit zu den Existenzfragen unserer Zeit Zugang findet, die ihre eigenen Traditionsbestände nicht eliminiert, sondern interpretiert, die ihre eigenen Schätze nicht konserviert, sondern erschließt.“

Meine zweite Bemerkung zu diesem Thema, und die fällt nun wesentlich kürzer aus: Die öffentliche Debatte um die Bedeutung des Kreuzestodes Jesu ist nichts, wofür sich die Evangelische Kirche schämen müsste. Im Gegenteil: Sie ist zu begrüßen. Die öffentliche Debatte hat ja auch in unseren Gemeinden dazu geführt, dass verstärkt nach diesem zentralen Thema christlichen Glaubens gefragt wurde. Das weiß ich aus zahlreichen Gesprächen. Und gerade, wenn wir missionarisch Volkskirche sein wollen, müssen wir doch daran interessiert sein, dass Menschen aufmerksam werden auf das, was uns in unserer Kirche beschäftigt. Die unterschiedlichen und vielfältigen Traditionen des Protestantismus machen doch unseren Reichtum aus! Und über unterschiedliche Positionen darf auch öffentlich gestritten werden. Da muss sich niemand zurücknehmen. Dr. Matthias Kamann, Verantwortlicher Redakteur in der Politik-Redaktion der WELT – Gruppe, machte in dem bereits angesprochenen Statement in Kassel ausdrücklich Mut, gerade im Zusammenhang mit der Sühnopfer-Debatte den öffentlichen Diskurs zu suchen. Er berichtete von Anrufen in Landeskirchenämtern und bei Bischöfen, die zwar sehr differenzierte Stellungnahmen zu dem Thema ergeben hätten, aber oft auch mit dem Hinweis verbunden waren: „Wir haben eigentlich kein Interesse an einer öffentlichen Diskussion dieses Themas“. Er rief den Delegierten in Kassel zu: „Nun macht Euch doch mal locker ... Warum verhaltet Ihr Euch wie die Industrie- und Handelskammer in Mecklenburg-Vorpommern, die sagt: ‚Wir wollen nicht, dass die Öffentlichkeit mitbekommt, dass wir uns intern streiten.‘ Sie sind doch die Öffentlichkeit! Führen Sie diese Diskussion, und die Leute sind daran interessiert!“ (die Rede von Dr. Matthias Kamann kann im Internet unter <http://www.kirche-im-aufbruch.ekd.de/zukunftswerkstatt/filme/12142.html> abgerufen werden) Wir sollten verstärkt und offensiv mit unseren ureigensten Themen an die Öffentlichkeit treten; und deshalb freue ich mich, dass es Peter Krogull gelungen ist, Klaus-Peter Jörns für einen Vortrag in der Salvatorkirche zu gewinnen, auch wenn die jetzt schon geplanten Veranstaltungen für das Jahr 2010 nicht gerade wenig sind. Aber ich denke, das kann eine Auseinandersetzung werden, die sich allemal lohnt.

3. Die Krise

Die Krise ist seit gut einem Jahr in aller Munde. Gemeint ist die Finanzmarkt- und in ihrem Gefolge die Wirtschaftskrise, die mit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank vor gut einem Jahr begann. Die Rede ist von der größten Krise seit 1929, Experten sind der Ansicht, dass das Ausmaß der Krise bisher noch gar nicht absehbar ist. Überall haben die Regierungen mit Konjunkturprogrammen reagiert – und zwar unabhängig von der politischen Farbenlehre, wenn ich das recht sehe. Selbst diejenigen, die in der Vergangenheit stets der Ansicht waren, das freie Spiel der Kräfte könne den Markt schon am besten regeln und der Staat habe sich da gefälligst zurückzuhalten, waren jetzt bereit, staatliche Programme aufzulegen, um besonders sensible Bereiche wenigstens kurzfristig zu stabilisieren. Die Auswirkungen der Krise sind auch in unserer Kirche spürbar. Wir begegnen betroffenen Menschen in unseren Gemeinden und Einrichtungen. Wir spüren es in diesem Jahr auch an den Kirchensteuerzuweisungen: Nach zwei „fetten Jahren“ gehen die pro Kopf Zuweisungen der Landeskirche für uns als nehmendem Kirchenkreis um 13,- Euro (das entspricht etwa 10%) zurück.

Weder der Kirchensteuerverteilungshaushalt noch der Haushalt des Kirchenkreises werden ohne Rücklageentnahmen ausgeglichen werden können. In unseren diakonischen Einrichtungen sind die Folgen der Krise, soweit ich das übersehen kann, bisher direkt noch nicht spürbar. Da sie ihre Umsätze aber weitgehend aus sozialgesetzbuchlich finanzierten Leistungen generieren, steht zu erwarten, dass spätestens im nächsten Jahr deutliche Einbußen bevorstehen; denn die öffentlichen Kassen sind leer. Zum gesamten Ausmaß der Krise sagte Pfarrer Dr. Uwe Becker, der Sprecher des Vorstandes des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche im Rheinland, auf der diesjährigen Mitgliederversammlung, bisher seien die besorgniserregenden Strukturdaten von den meisten Menschen noch nicht als alltagsrelevant empfunden worden. Sie blieben „verborgen unter der Wohlfühldecke eines Konjunkturpakets, das die Stimmung durch Abwrackprämie, Kindergeldbonus und Senkung des Einkommenssteuersatzes gewogen hält – aber nachhaltig im Griff wird sie nichts behalten!“ Becker erwartet, dass das, was die statistischen Daten aussagen, auch „die Lebenswirklichkeit von weiten Teilen der Bevölkerung spürbar, geradezu brutal erfassen wird.“

Über die Ursachen der Krise ist viel geredet worden. Der Rat der EKD hat sich im Juli in der Öffentlichkeit zu Wort gemeldet („Wie ein Riss in einer hohen Mauer. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise; epd – Dokumentation Nr. 31, 14. Juli 2009). Der Rat der EKD macht als Hauptursache der Krise einen „Mangel an Verantwortung, bis hin zur Verantwortungslosigkeit“ aus. Die Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Risiken zeige sich auf vier Ebenen:

Auf der politischen Ebene haben die Regulierung und Aufsicht über die Finanzmärkte und deren Produkte mit der dortigen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Der von der Finanzindustrie geforderten Reduzierung staatlicher Einflussnahme wurde nicht konsequent genug widersprochen. Zudem agierten Banken des öffentlichen Sektors auf dem Markt wie Privatbanken und wollten ähnlich hohe Renditen erzielen. „Als Mitakteur am Markt setzte der Staat die Regeln für die Märkte nur noch in unzureichender Weise durch.“ (epd – Dokumentation Nr. 31, 2009, S. 9)

Auf der Ebene der Finanzmarkt- und Wirtschaftsunternehmen waren die Geschäftsziele nur noch einseitig an den Kapitalinteressen ausgerichtet. Das unternehmerische Ethos orientierte sich nicht mehr an langfristiger Unternehmensentwicklung, sondern war stattdessen auf möglichst schnelle und hohe Rendite ausgerichtet. Aufsichtsorgane, die ihren Spitzenmanagern hohe Boni in Aussicht stellten, wenn diese möglichst kurzfristig hohe Erträge erzielten, verstärkten diese Entwicklung noch.

Dabei darf die individuelle ethische Dimension nicht übersehen werden: Bei den verantwortlich Handelnden stand die unmittelbare Verwirklichung von Einzelinteressen im Vordergrund, ohne dass geprüft wurde, welche Folgen die eigenen Entscheidungen insbesondere für das Gemeinwohl haben.

Die allgemeine Mentalität des schnellen Geldes, als einer der ursächlichen Faktoren der Krise, ist nicht nur in Managerkreisen angesiedelt, sondern reicht in weite Teile der Bevölkerung hinein. Verbraucher setzen hohe Renditen als selbstverständlich voraus, ohne sie in ein Verhältnis mit den damit verbundenen Risiken zu setzen.

Um Wege aus der Krise zu finden, unterscheidet der Rat der EKD zwischen kurz-, mittel- und langfristig angelegten Maßnahmen und Konzepten. Kurzfristig hält er Konjunkturprogramme für notwendig, wie sie von den meisten Regierungen ja auch aufgelegt wurden. Mittelfristig wird eine stärkere und effiziente Regulierung der Finanzmärkte durch die Politik gefordert. Langfristig plädiert der Rat der EKD für eine Neuorientierung des Wirtschaftens am globalen Gemeinwohl. Er setzt auf ein Konzept, das sich am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientiert, das sowohl den Respekt vor der Natur und entsprechenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen als auch die Solidarität mit den ärmsten Ländern beinhaltet.

Es liegt auf der Hand, dass ein solches Umdenken nicht ohne einen Wertewandel stattfinden kann. So forderte der Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, anlässlich der Vorstellung des Wortes zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise: „Wir brauchen nicht nur einen Konjunkturaufschwung, sondern auch einen Wertaufschwung.“ Über das Krisenmanagement hinaus benötige unsere Gesellschaft ein tragfähiges ethisches Fundament. An dieser Stelle müssen wir uns als Kirche in den öffentlichen Diskurs einbringen, langfristig und nachhaltig und auf allen Ebenen. Aber auch die kurzfristig notwendigen Maßnahmen sind an ethischen Maßstäben zu prüfen. Werden die Kosten der Krise vor allem den zukünftigen Generationen und den schwächsten Gliedern der Gesellschaft aufgebürdet? Gelingt es, dass auch die Verantwortlichen der Krise – soweit das möglich ist – in die Haftung genommen werden? Wenn im zurückliegenden Wahlkampf gleichzeitig Zukunftsinvestitionen, Steuersenkungen und Abbau der Staatsverschuldung gefordert wurden, dann muss uns das hellhörig machen. Wir werden auch in unserer Stadt darauf zu achten haben, wie die künftigen Lasten verteilt werden. Ich wiederhole mich gerne: Der biblische Maßstab für die Beurteilung eines Gemeinwesens ist die Frage: „Wie ergeht es den Witwen und Waisen und Fremdlingen in deinen Toren?“; wie kommen die schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft zu ihrem Recht? Dieser Maßstab bleibt für uns verbindlich.

4. Evangelische Kirche in Duisburg

4.1. AG Zukunft

Der Kreissynodalvorstand wird auf der diesjährigen Herbsttagung die Synode bitten, eine „AG Zukunft“ einzurichten. Dieser Vorschlag hat eine längere Vorgeschichte. Ich möchte einige Punkte benennen, die den Kreissynodalvorstand bewogen haben, der Synode die Einrichtung einer „AG Zukunft“ vorzuschlagen.

Da waren zum einen die Visitationen in Ruhrort-Beeck und in Hochfeld. Beide Gemeinden liegen in sogenannten Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In beiden Gemeinden haben wir überaus engagierte haupt-, neben- und ehrenamtliche Mitarbeitende erlebt, die auf der einen Seite versuchen, den sozialen Herausforderungen in ihren Stadtteilen gerecht zu werden und auf der anderen Seite sich bemühen, auch dem traditionellen kirchlichen Klientel gerecht zu werden. Das sind Ansprüche, die oft kaum miteinander zu vereinbaren sind. Hinzu kommt, dass der finanzielle Rahmen so gut wie keine Spielräume zulässt. Hier wird deutlich, wie auch die engagierteste kirchliche Arbeit immer wieder an ihre strukturellen Grenzen stößt.

Unsere Synode hat auf ihrer Tagung am 5. / 6. Juni 2009 mit großer Mehrheit den Rahmenplan für den Pfarrdienst beschlossen. Wir haben uns dabei auf Sollzahlen für das Jahr 2015 verständigt. Wenn wir die auch nur annähernd erreichen wollen, ist das nur im solidarischen Miteinander möglich. Für dieses solidarische Miteinander gibt es aber noch kein geregelt Verfahren. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Soll der Kreissynodalvorstand, wenn es um die Freigabe einer Pfarrstelle geht, nur auf die Zahlen der Gemeinde schauen, welche die Freigabe beantragt oder muss er – um seiner gesamtkirchlichen Verantwortung im Kirchenkreis gerecht zu werden – nicht eine größere Einheit, etwa eine Region, dabei im Blick haben?

Ähnliches gilt für die hauptamtlich Mitarbeitenden, die nicht Theologinnen oder Theologen sind. Wenn wir denn keine „Pfarrerkirche“ werden wollen, und das können wir nach rheinischem Selbstverständnis nicht werden wollen, müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass in wichtigen Bereichen wie Kirchenmusik, Jugend- und Bildungsarbeit, Seelsorge und Beratung, Verwaltung etc. weiterhin Hauptamtlichkeit vorgehalten werden kann. In welchem Ausmaß das geleistet werden kann und wie sich die Hauptamtlichen dann auf die Gemeinden und den Kirchenkreis verteilen, ist noch einmal eine ganz andere Frage. Um das auch hier an einem konkreten Beispiel zuzuspitzen:

Wem ist denn damit geholfen, wenn zwei benachbarte Gemeinden ihre hauptamtlichen Stellen für Jugendarbeit scheinbar zurückfahren, bis in beiden Gemeinden nur noch Bruchteile einer Vollzeitstelle vorgehalten werden? Es wäre fatal, wenn in der Frage des Personalmixes die Interessen von Pfarrerinnen und Pfarrern gegen die der anderen hauptamtlich Mitarbeitenden ausgespielt würden. Viele Kolleginnen und Kollegen im Pfarrdienst sind doch jetzt schon überlastet, weil sie eigentlich nicht originäre pastorale Tätigkeiten übernehmen müssen, weil dafür Hauptamtlichkeit nicht mehr zur Verfügung steht. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir an dieser Stelle mehr Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gemeinden, aber auch zwischen den Gemeinden und dem Kirchenkreis brauchen.

Ich habe weiter oben schon auf den Einbruch der Kirchensteuerzuweisungen in diesem Jahr hingewiesen. Experten haben mich wiederholt darauf hingewiesen, dass in der jetzigen Situation eine Prognose der mittelfristigen Entwicklung des Kirchensteueraufkommens unmöglich sei. Es bedarf aber, glaube ich, keiner großen hellseherischen Fähigkeiten, um vorauszusagen, dass wir in Duisburg mittelfristig mit deutlich weniger Geld auskommen müssen. Dazu tragen – neben den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – nicht zuletzt auch die demografischen Veränderungen bei.

Der Kirchensteuerverteilungsausschuss hat beschlossen, sowohl den Gemeinden als auch dem Kirchenkreis für ihren jeweiligen Bereich die Gebäudestrukturanalysen aus der Grunderwerbsrücklage im Kirchensteuerverteilungshaushalt zu finanzieren. Das war ein erster wichtiger Schritt, den ich ausdrücklich begrüße. Wir müssen aber auch fragen, wie sinnvoll ist es, solche Gebäudestrukturanalysen auf den relativ kleinräumigen Bereich einer einzelnen Pfarochie zu beziehen, statt größere Einheiten in den Blick zu nehmen? Ich spitze die Fragestellung auch an dieser Stelle gern noch einmal zu: Da wird in ein Gemeindehaus erheblich investiert, um es zukunftsfähig herzurichten, was für die Arbeit dieser einen Gemeinde durchaus sinnvoll erscheint. Was aber geschieht mit dem Gemeindehaus der Nachbargemeinde, das nur 2 km Luftlinie entfernt liegt? Über solche Fragen müssen wir uns in Zukunft verständigen – und zwar verbindlich verständigen, wenn wir denn zukunftsfähig bleiben wollen.

Hinter diesen Beobachtungen steht die Frage, wie kleinräumig können wir in Zukunft noch operieren, wenn wir weiterhin den Anspruch haben, in der Fläche präsent zu sein?

Antworten auf diese Fragen stehen nach der Überzeugung des Kreissynodalvorstandes dringend an; sie können aber nur gefunden werden in einem gemeinsamen synodalen Prozess. Deshalb bittet der Kreissynodalvorstand die Synode, eine „AG Zukunft“ einzurichten, die der Herbstsynode 2011 Vorschläge für die künftige Arbeit im Kirchenkreis Duisburg machen soll. Sie finden dazu eine ausführliche Vorlage in Ihren Unterlagen, die Herr Hoffmann auf der Tagung unserer Synode erläutern wird.

4.2 Neues Kirchliches Finanzwesen (NKF)

Die Landessynode 2006 hatte beschlossen, bis zum Jahr 2013 innerhalb der Rheinischen Kirche flächendeckend NKF einzuführen, um damit die alte kameralistische Haushaltsführung abzulösen. Die Landessynode bewilligte damals ca. 6 Millionen Euro für die Einführung des NKF – Projektes. Zum 01.01.2007 sollte eine Pilotphase beginnen, in der in mehreren Kirchenkreisen und in bestimmten Bereichen der Landeskirche die neue einheitliche Buchhaltungssoftware getestet und an die Bedürfnisse der Gemeinden, Kirchenkreise und der Landeskirche angepasst werden sollte. In seiner Sitzung am 09.11.2006 beschloss der Kreissynodalvorstand, dass der Ev. Kirchenkreis Duisburg an der Pilotphase teilnehmen sollte. Die geplante Pilotphase verzögerte sich jedoch, da erst Ende 2007 die doppelte Software zur Verfügung stand. Im April 2008 stand das Thema erneut auf der Tagesordnung des Kreissynodalvorstandes.

Geplant war, im laufenden Jahr 2008 sowie in 2009 bestimmte Rechtsträger sowohl doppisch als auch kameralistisch zu buchen, die dabei gemachten Erfahrungen auszuwerten und ab dem Haushaltsjahr 2010 komplett auf NKF umzustellen. Der KSV hat sich damals nach langer und intensiver Diskussion anders entschieden und hat die Einführung zum Haushaltsjahr 2013, also zum spätestmöglichen Zeitpunkt beschlossen. Der wesentliche Grund für diese Entscheidung lag darin, dass bei einer Umstellung ab 2010 alle der Kassengemeinschaft angeschlossenen Rechtsträger ebenfalls ab 2010 auf NKF hätten umstellen müssen. Dafür hielten wir den NKF-Prozess innerhalb des Kirchenkreises für noch nicht ausreichend kommuniziert. Darüber hinaus waren einzelnen Mitgliedern des KSV wohl auch die Probleme bekannt, die bei der Anwendung der doppischen Software offensichtlich auftraten. Heute bin ich sehr froh über unsere damalige Entscheidung, obwohl ich für mich persönlich nicht in Anspruch nehme, dass ich die Probleme, die sich mittlerweile bei der Einführung von NKF auftun, damals schon in ihrem ganzen Ausmaß überblickt hätte. Wenn die Landeskirche weiterhin an der Einführung von NKF zum geplanten Termin 2013 festhalten will, und im Augenblick scheint es ihre Absicht zu sein, wird die Landessynode 2010 über die bewilligten 6 Millionen Euro hinaus weitere 7 Millionen Euro bewilligen müssen. Es hat sich herausgestellt, dass die personellen Ressourcen, die für die Einführung von NKF vorgesehen waren, bei weitem nicht ausreichen, um das Projekt erfolgreich umzusetzen. Auf der letzten Superintendentenkonferenz im September wurden erhebliche Zweifel laut, ob die flächendeckende Einführung von NKF zum geplanten Zeitpunkt überhaupt sinnvoll sei. Persönlich habe ich mir in dieser Frage noch kein abschließendes Urteil gebildet. Ich bin der Meinung, dass wir zukünftig mehr Steuerungsinstrumente brauchen, als sie uns die kameralistische Buchführung, so wie wir sie bisher angewendet haben, an die Hand gibt. Dass wir in unseren Haushalten – oder Bilanzen - den Werteverzehr darstellen müssen, halte ich ebenfalls für unumgänglich. Ebenso sehe ich die Notwendigkeit transparent darzustellen, wie viele Ressourcen wir zur Erreichung welcher Ziele einsetzen. Ob dies nur mit NKF in angemessener Weise möglich ist oder ob die Erweiterte Kameralistik, die in ungefähr einem Drittel der EKD – Gliedkirchen angewendet wird, die notwendigen Informationen und Steuerungsinstrumente ebenfalls liefern könnte, vermag ich im Moment nicht zu beurteilen. Aber auch das Umschwenken von NKF auf Erweiterte Kameralistik wird ja nicht zum Nulltarif zu haben sein. Sollte die Landessynode bei ihrem 2006 gefassten Beschluss bleiben und die zusätzlich benötigten 7 Millionen Euro ebenfalls bewilligen, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass damit noch nicht die Kosten beziffert sind, die bei Einführung von NKF auf die Gemeinden und Kirchenkreise zukommen. Am 3. November lädt die Landeskirche die Superintendentinnen und Superintendenden sowie die Verwaltungsleitungen zu einer Informationsveranstaltung zu diesem Thema ein. Wenn die Kirchenleitung daran festhält, der Landessynode 2010 die Einführung von NKF unter den veränderten Bedingungen vorzuschlagen, erwarte ich mir, dass in überzeugenderer Weise als bisher, die Notwendigkeit von NKF dargestellt wird, und dass die Absicht besteht, wenigstens annäherungsweise die Kosten zu ermitteln, die für die Gemeinden und Kirchenkreise mit der Einführung von NKF verbunden sind, so dass der Kostenrahmen für die Einführung des Projekts nicht noch einmal erweitert werden muss.

4.3. Errichtung einer Eintrittsstelle

Im Zusammenhang mit der Verhandlung des Schwerpunktthemas unserer letzten Herbstsynode stand auch eine Entscheidung über die Errichtung einer Eintrittsstelle an. Die Synode hat damals im Grundsatz die Errichtung einer Eintrittsstelle bejaht und den Kreissynodalvorstand beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu berufen, die die beiden vorgestellten Modelle – entweder Anmietung eines Ladenlokals in der Innenstadt oder Einrichtung in der Salvatorkirche – auf ihre Umsetzbarkeit prüfen, die genauen Kosten ermitteln und der Sommersynode 2009 beide Modelle zur Entscheidung vorlegen sollte. In seiner Sitzung am 11.12.2008 berief der Kreissynodalvorstand folgende Personen in diese Arbeitsgruppe: Frau Renate Brunotte, Herrn Ulrich Eichhorn, Pfarrer Peter Krogull als Vorsitzenden, Herrn Wilfried Middendorf, Pfarrer Jürgen Muthmann, Pfarrer Matthias Weber-Ritzkowski.

Auf der Sommersynode 2009 gab Pfarrer Peter Krogull einen ausführlichen Sachstandsbericht über die bisherige Arbeit und beantragte, den Arbeitsauftrag der Gruppe bis zur Herbstsynode 2009 zu verlängern. Die Synode folgte diesem Antrag. Gleichzeitig gab Pfarrer Krogull den Vorsitz in der Arbeitsgruppe zurück, um in der Frage des Standortes mögliche Interessenkollisionen zu vermeiden. Daraufhin beauftragte der Kreissynodalvorstand den Superintendenten, den Vorsitz der AG Eintrittsstelle zu übernehmen.

Zwischenzeitlich hatte das Presbyterium der Kirchengemeinde Alt-Duisburg beschlossen, die Südkapelle der Salvatorkirche dem Kirchenkreis für eine Eintrittsstelle zur Verfügung zu stellen; sie soll am Freitagnachmittag zwischen 14.00 und 18.00 Uhr geöffnet sein. Da die Eintritte nur von ordinierten Theologinnen und Theologen vorgenommen werden können, wird für den Betrieb der Eintrittsstelle ein Team von 10 bis 15 Personen aus diesem Personenkreis benötigt. Dabei ist nicht nur an die Inhaberinnen und Inhaber von Pfarrstellen gedacht, auch Prädikantinnen und Prädikanten sowie Pfarrfrauen und Pfarrer im Ruhestand kommen dafür in Frage. Erste Zusagen liegen bereits vor. Die Kosten, die wir für die Herrichtung der Südkapelle der Salvatorkirche als Eintrittsstelle veranschlagt haben, finden Sie in Ihren Unterlagen zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt.

Parallel dazu fanden weiterhin Gespräche mit dem Geschäftsführer der Firma Multi Development, Herrn Funke, statt. Die Firma plant die Errichtung eines Bürogebäudes an der Mercatorstraße („Autobahndeckel“ A 59). Herr Funke ist nach wie vor an einer Präsenz der evangelischen Kirche in diesem Gebäude interessiert und nannte im letzten Gespräch einen überaus günstigen Mietpreis. Er konkretisierte sein Interesse noch einmal insofern, als er nachfragte, ob sich die evangelische Kirche vorstellen könnte, die Trägerschaft für einen Betriebskindergarten in diesem Gebäude zu übernehmen. Daneben würde ein Ladenlokal zur Verfügung stehen, das wir mit einem attraktiven Angebot füllen und mit der Eintrittsstelle verbinden könnten.

Was den möglichen Betrieb des Ladenlokals betrifft, wurden Gespräche mit dem Dritte Welt Laden Duisburg e.V. geführt, dem wir gern die Möglichkeit eröffnet hätten, sich zusammen mit unserer Infostelle Dritte Welt an diesem attraktiven Standort zu präsentieren. Von Seiten des Vereins bestehen aber erhebliche wirtschaftliche Bedenken gegen einen Umzug an die Mercatorstraße. Deshalb wurden jetzt Gespräche mit diakonischen Einrichtungen geführt mit dem Ziel, in dem Gebäude ein Ladenlokal – etwa als Cafe – zu betreiben.

Das geplante Gebäude an der Mercatorstraße wäre nach derzeitigem Planungsstand im November 2011 zu beziehen. Dieser Zeitpunkt erschien der Arbeitsgruppe aber für die Eröffnung einer Eintrittsstelle zu spät. Deshalb schlugen wir der Synode vor, die Eintrittsstelle zum Beginn des Kirchenjahres 2010/2011 in der Südkapelle der Salvatorkirche zu eröffnen. Gleichzeitig soll die AG Eintrittsstelle beauftragt werden, die Verhandlungen mit der Firma Multi Development fortzuführen, mit dem Ziel, zu günstigen Bedingungen ein Ladenlokal für eine Eintrittsstelle mit Cafebetrieb in der Mercatorstraße anzumieten und der Synode im Herbst 2010 eine Beratungsvorlage zur Entscheidung vorzulegen.

4.4. Jubiläum der 1. Reformierten Generalsynode / Kulturhauptstadt Ruhr.2010

Den Auftakt zu einem ereignisreichen Jahr bildet der Neujahrsempfang des Kirchenkreises am 1. Adventssonntag, 29. November 2009, in der Salvatorkirche. Neben der Aufführung von Arthur Honeggers Oratorium „König David“ durch die Kantorei der Salvatorkirche und Mitglieder der Duisburger Philharmoniker wollen wir dabei zwei Ereignisse miteinander verbinden, die unseren Festkalender des Jahres 2010 wesentlich bestimmen werden: Wir möchten das Jubiläum der 1. Reformierten Generalsynode 1610 in der Salvatorkirche im Kontext der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 einer größeren Öffentlichkeit vorstellen. Ich freue mich, dass wir Präses Nikolaus Schneider, den Geschäftsführer der Ruhr.2010 GmbH, Herrn Fritz Pleitgen sowie den Oberbürgermeister unserer Stadt, Herrn Adolf Sauerland, als Redner für dieses Ereignis gewinnen konnten. Anschließend laden wir ein zu einem Empfang in das Rathaus der Stadt Duisburg.

Gerade durch die Verbindung der beiden Ereignisse wird deutlich, dass das Ruhrgebiet nicht nur eine 150jährige Geschichte als Industrielandschaft hat, sondern dass schon viel früher gerade die Kirchen eine bedeutende Rolle als Kulturträger in unserer Region gespielt haben. Die Entscheidungen der Synode von 1610 haben ja nicht nur wichtige Grundlagen für protestantisches Kirchenverständnis gelegt, sondern darüber hinaus wurden in feudalistischer Zeit Zeichen gesellschaftlicher Partizipation gesetzt und die Wurzeln für ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement gelegt. Fünf Veranstaltungen, die wir im Rahmen des Jubiläums geplant haben, wurden von der Ruhr.2010 GmbH als Kooperationsprojekte in ihr Programm aufgenommen:

Der Neujahrsempfang des Kirchenkreises;

die Veranstaltungsreihe Kanzelreden, die am 6. Dezember 2009 mit dem Oberbürgermeister der Stadt Duisburg beginnt und am 12. Dezember 2010 mit einer Rede der Generalsekretärin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Frau Charlotte Knobloch, ihren vorläufigen Abschluss findet;

die Historischen Stadtführungen, die von der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Duisburg durchgeführt werden und ab Januar an jedem 1. Sonntag im Monat stattfinden;

der Kongress, der vom 7. bis 9. September 2010 in Duisburg tagt und die 1. Reformierte Generalsynode aus der Sicht der Wissenschaft betrachtet;

die Ausstellung im Stadthistorischen Museum Duisburg, die unter der Überschrift steht „Damit Extrema verhütet werden ... Die 1. Reformierte Generalsynode in Duisburg 1610 zwischen Machtpolitik und Nächstenliebe“, Eröffnung der Ausstellung am 5. September 2010.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, sämtliche Veranstaltungen, die im Rahmen des Jubiläums der Generalsynode geplant sind, aufzuzählen. Deutlich geworden ist nur, dass aus der ursprünglich einmal vorgesehenen Festwoche ein Festjahr geworden ist. Alle geplanten Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.wir-sind-so-frei.de. Lassen sie mich auf eine Veranstaltung noch besonders hinweisen – das ist der Kreiskirchentag, mit dem am 12. September 2010 die Synodalwoche zu Ende gehen soll. Nach dem überaus erfolgreichen Kreiskirchentag im Jahr 2007, der neben seiner Außenwirkung ja auch stark nach innen im Sinne von gemeinsamer Identität gewirkt hat, haben wir dieses Mal die Möglichkeit, im Rahmen des Jubiläums der Generalsynode einer größeren Öffentlichkeit zu zeigen, wie lebendig und vielfältig sich die evangelische Kirche in Duisburg heute darstellt. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir gemeinsam diese Chance nutzen und durch umfassende Beteiligung die ganze Bandbreite unserer kirchlichen Arbeit in Duisburg abbilden. Im Gegensatz zu hier und da gehörten Befürchtungen sehe ich in den Veranstaltungen des Jubiläums keine Konkurrenz zu unserem Kreiskirchentag, sondern das eine gehört zum anderen und beides verstärkt sich gegenseitig.

Auf zwei Veranstaltungen im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 möchte ich noch besonders hinweisen. Das ist zum einen die Nacht der Offenen Gotteshäuser, die wir vom 22. auf den 23. Mai 2010 gemeinsam in Duisburg und Moers feiern wollen. Wenn die local-hero-Woche von Moers auf Duisburg übergeht, öffnen in beiden Städten Synagoge und über 60 Kirchen, Moscheen und Gotteshäuser ihre Pforten, um ihre Räume den Menschen auf vielfältige Weise nahe zubringen: Durch Kultur und Musik für Jung und Alt, durch besondere Gottesdienste, durch Räume der Stille, der Begegnung und des Gebetes, durch Führungen, Lichtinstallationen ... Während der Kernzeit von 20 bis 24 Uhr erleben Bürgerinnen und Bürger der Region Gastfreundschaft in den geöffneten Gotteshäusern und erfahren mehr vom Gedanken des interreligiösen Dialogs und der Toleranz. Mit den Vertretungen der beiden Städte befinden wir uns zurzeit in Gesprächen über eine zentrale Auftaktveranstaltung zur Nacht der Offenen Gotteshäuser, die vermutlich in Ruhrort stattfinden soll (der genaue Ort steht noch nicht fest).

Nach unseren derzeitigen Überlegungen ist dabei an einen etwa halbstündigen Festakt gedacht, der ein interreligiöses Gebet sowie eine symbolische Stabübergabe der Local-Hero-Woche beinhalten sollte. Schön wäre es, wenn dann – etwa um 19.55 Uhr – alle Glocken in Duisburg und Moers die Nacht der Offenen Gotteshäuser einläuten würden. Aber an dieser Stelle sind wir noch sehr weit im Vorfeld der Planungen; alles Weitere wird sicher rechtzeitig bekannt gegeben. Ich bedanke mich an dieser Stelle schon einmal ganz herzlich bei allen, die dieses herausragende Ereignis mit vorbereitet haben und bereit sind, ihre Kirchen in dieser Nacht zu öffnen.

Ein weiteres Projekt im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 ist die Veranstaltung Still–Leben A 40, die am 18. Juli 2010 stattfindet. An diesem Tag wird die A 40 als Hauptverkehrsachse des Ruhrgebietes für den Verkehr komplett gesperrt und von 10.00 - 18.00 Uhr zur Bühne für ein großes Begegnungsfest des gesamten Ruhrgebietes. Auf einer Spur werden Tische aufgebaut und zu einer langen Tafel zusammenwachsen, die andere Spur ist als Lauf- und Radweg gedacht. Spezielle Brücken ermöglichen den Übergang von einer Spur auf die andere. Ich hatte ja in meinem diesbezüglichen Anschreiben an die Gemeinden und Einrichtungen im Kirchenkreis bereits daraufhingewiesen, dass wir im Blick auf dieses Ereignis angesichts der Fülle der Veranstaltungen im Jahr 2010 unsere Kräfte realistisch abschätzen sollten. Umso mehr bin ich dankbar, dass sich jetzt doch einige Gemeinden und Einrichtungen bereitgefunden haben, bei diesem Ereignis mitzumachen. Ich denke, es würde etwas fehlen, wenn wir dort als Evangelische Kirche in Duisburg nicht präsent wären.

Ich gestehe gerne, dass mich manchmal auch ein wenig Beklemmung überkommt, wenn ich an die zahlreichen Projekte und Veranstaltungen im Jahr 2010 denke. Nichtsdestoweniger ist es eine schöne Erfahrung zu erleben, wie viele unterschiedliche Menschen aus unseren Gemeinden und Einrichtungen mit Engagement und Begeisterung dabei sind, diese Ereignisse zu planen und zu gestalten. Das ist ein reicher Schatz, den wir da zur Verfügung haben.

4.5 Dialog mit dem Islam

Ende Oktober letzten Jahres wurde in Marxloh die DITIP-Merkez-Moschee eingeweiht, ein Ereignis, das bundesweite Aufmerksamkeit fand. In vielen Sendungen und Berichten wurde Duisburg immer wieder als Beispiel für eine gelingende Integration genannt. Ich denke in der Tat, dass die Integrationspolitik in Duisburg in den letzten Jahren voran gekommen ist; was nicht heißt, dass das ein oder andere daran nicht noch verbesserungswürdig ist. Aber das soll an dieser Stelle nicht mein Thema sein. Immerhin lässt sich mit Bestimmtheit sagen, dass der Neubau der Moschee in Duisburg eine breitere Akzeptanz in der Öffentlichkeit gefunden hat, als das bei ähnlichen Projekten in anderen Städten der Fall war. Und daran haben auch die Kirchen mitgewirkt. Es waren in erster Linie die Gemeinden vor Ort, die schon seit vielen Jahren aufeinander zugegangen sind und miteinander geredet haben. Im Beirat für die Begegnungsstätte waren von Anfang an auch Vertreterinnen und Vertreter der christlichen Kirchen mit dabei. Die DITIP – Gemeinde in Marxloh hat sich bezüglich der Kommunikation des Projektes auch beraten lassen. Das alles waren gute Voraussetzungen für die Akzeptanz des Moscheeneubaus. Die christlichen Kirchen haben den Neubau ausdrücklich begrüßt. Dieses schöne, repräsentative Gotteshaus an der Warbruckstraße ist ein Zeichen dafür, dass unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt wirklich angekommen sind. Es ist gut, wenn die Moscheen aus den Hinterhöfen herauskommen und zu öffentlichen Gebäuden werden. Dass uns dies auch als evangelische Kirche in Duisburg vor neue Herausforderungen stellt, ist ebenfalls deutlich. Ich muss an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, sondern verweise in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die zutreffende Beschreibung dieser Herausforderungen in der Begründung des Antrages des Fachausschusses Islamarbeit, Integration und Migration. Den Antrag und seine Begründung finden Sie in Ihren Unterlagen unter TOP 13.4.

Dass das Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Religionen in unserer Stadt nicht immer reibungslos verläuft, zeigte sich Anfang Januar dieses Jahres. Während einer Demonstration gegen den Krieg im Gaza-Streifen zwangen aufgebrachte Demonstrationsteilnehmer die Polizei, eine israelische Fahne gewaltsam aus einem Fenster zu entfernen. Ich war der Meinung, dass wir als christliche Kirchen zu diesem ungeheuerlichen Vorgang nicht schweigen dürfen. Da der Stadtdechant der katholischen Kirche in Duisburg, Pfarrer Lücking, diese Einschätzung teilte, wandten wir uns mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Darin hieß es u. a.: „Deshalb sind wir entsetzt und empört über die völlig inakzeptable antijüdische Demonstration, die auf Veranlassung der islamischen Vereinigung Milli Görüs in Duisburg stattgefunden hat. Dass ausgerechnet in unserer Stadt, die sich ihrer Integrationsleistungen und ihrer Toleranz rühmt, Angehörige des Islam ungestraft öffentlich zum Hass gegen das Judentum aufrufen dürfen, halten wir für einen unerträglichen Skandal.“ Im Nachgang zu den Vorfällen am 10. Januar 2009 lud der Oberbürgermeister die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte unserer Stadt ins Rathaus, um zu überlegen, wie wir gemeinsam ein Zeichen für Toleranz und ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Religionen in unserer Stadt setzen könnten. Es wurde verabredet, nach der Verleihung des Preises für Toleranz und Zivilcourage an eine muslimische Mitbürgerin im Jüdischen Gemeindehaus sich von dort aus unter dem Motto „Wir sind Duisburg“ auf den Weg zum Rathaus zu begeben, um auf der Rathauptreppe mit einem Interreligiösen Friedensgebet die Veranstaltung zu beschließen. Ich war sehr irritiert, als der Vertreter des DITIP-Stadtverbandes sich vehement dagegen aussprach, das Jüdische Gemeindezentrum als Ausgangspunkt für die geplante Veranstaltung zu wählen. Er begründete dies damit, dass seine Mitglieder das als pro-israelisch ansehen würden. Ich bin froh, dass der DITIP-Stadtverband letztlich nicht bei seiner Ablehnung geblieben ist, und sich an der Veranstaltung – auch vom Jüdischen Gemeindezentrum aus – beteiligt hat. Dennoch habe ich meine Irritation in einem Grußwort anlässlich der Einführung des neuen Imam in der DITIP-Merkez-Moschee in Marxloh zum Ausdruck gebracht. Ich habe dort deutlich gemacht, dass wir eine Ablehnung des Jüdischen Gemeindezentrums als Veranstaltungsort durch den DITIP-Stadtverband unseren Gemeindegliedern nicht mehr hätten erklären können. Ich habe in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf hingewiesen, dass man natürlich die konkrete Politik des Staates Israel kritisieren kann, dass davon aber streng das Verhältnis zur Jüdischen Gemeinde am Ort und zum Judentum überhaupt zu unterscheiden ist. Das Verhältnis zum Judentum ist für uns als evangelische Kirche kein beliebiges Verhältnis, sondern dabei steht auch immer unsere eigene Identität mit auf dem Spiel.

Ich denke, diese Vorfälle machen noch zusätzlich deutlich, dass wir in unseren Dialogbemühungen nicht nachlassen dürfen. Ich halte es für ein Defizit, dass in einer Stadt wie Duisburg weder die katholische noch die evangelische Kirche zurzeit das Arbeitsfeld Dialog mit dem Islam, Integration und Migration hauptamtlich besetzt hat. Ich bin unseren Synodalbeauftragten für dieses Arbeitsgebiet ebenso wie dem Fachausschuss sehr dankbar für die sachkundige und engagierte Arbeit, die sie leisten; ich würde mir aber wünschen, dass die Landeskirche dem Antrag des Kreissynodalvorstandes stattgibt und eine mbA-Stelle für dieses Arbeitsgebiet im Kirchenkreis Duisburg errichtet.

4.6. Visitation der Gemeinde Hochfeld

Vom Herbst 2008 bis zum Frühjahr fand eine Visitation der Gemeinde Hochfeld statt. Die Gemeinde Hochfeld liegt in einem sogenannten „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Nach dem Sozialbereich der Stadt Duisburg aus dem Jahr 2008 leben 28,3 % der Hochfelder Bevölkerung von staatlichen Transferleistungen; nur die Ortsteile Laar (30,7%) und Marxloh (30,1%) weisen einen höheren Anteil auf. Hochfeld gehört zu den sechs Ortsteilen in Duisburg, in denen laut Sozialbericht die Mehrheit der Bevölkerung einen Migrationshintergrund aufweist (65,4% in Hochfeld, nur Bruckhausen mit 85,1% liegt höher). Darüber hinaus weist der Ortsteil Hochfeld eine auffällig hohe Fluktuation innerhalb der Bevölkerung auf.

Die Gemeinde musste in den zurückliegenden Jahren einen erheblichen Verlust an Gemeindemitgliedern hinnehmen: 1998 wies sie noch einen Bestand von 5.500 Gemeindegliedern bei drei Pfarrbezirken auf, im Jahr 2006 wurden 3.900 Gemeindemitglieder bei nunmehr 1,75 Pfarrstellen gezählt; die Prognosedaten der Stadt Duisburg weisen für das Jahr 2015 noch 3.300 Evangelische in Hochfeld aus. Hinsichtlich der Sozialstruktur macht sich in der Gemeinde eine deutliche Zweiteilung bemerkbar: Westlich der Heerstraße leben vorwiegend Menschen in prekären Lebenssituationen, dieser Teil ist eindeutig als sozialer Brennpunkt zu bezeichnen; östlich der Heerstraße findet sich eher noch bürgerliches Milieu.

Durchweg in allen Visitationsberichten wurde das außerordentliche Engagement der haupt-, neben- und ehrenamtlich Mitarbeitenden besonders hervorgehoben. Die meisten Mitarbeitenden sind über einen langen Zeitraum in Hochfeld verwurzelt und zeigen eine hohe Identifikation mit der Gemeinde und dem Stadtteil. Ohne dieses Engagement könnte die Gemeindegemeinschaft, die für die Mitarbeitenden oftmals unter ganz schwierigen äußeren Rahmenbedingungen geschieht, nicht in dem jetzigen Maß aufrechterhalten werden. Dies verdient höchsten Respekt und Würdigung, verlangt aber auch nach einem geschärften Blick für die Grenzen der Belastbarkeit von Mitarbeitenden.

In einer abschließenden gemeinsamen Sitzung des Presbyteriums mit dem Kreissynodalvorstand am 6.4.2009 wurde ausführlich der Abschlußbericht besprochen, der konkrete Hinweise für die Gemeinde zur weiteren Arbeit enthielt. Ebenso wie bei der letzten Visitation in Ruhrort-Beeck wurde mit dem Presbyterium verabredet, nach einem Jahr in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kreissynodalvorstand noch einmal zusammen zu kommen, um zu sehen, ob und auf welche Weise die gegebenen Hinweise umgesetzt werden konnten.

Den haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden der Gemeinde Hochfeld, den Mitgliedern der Visitationsgruppen sowie dem Kreissynodalvorstand danke ich sehr herzlich für ihr großes Engagement und die geleistete Arbeit.

4.7. Forum Kinderarmut

In meinem letzten Bericht hatte ich über die Aktivitäten der Sozialpolitischen Konferenz des Kirchenkreises zum Thema Kinderarmut informiert. Daraus entwickelte ich die Idee, den ersten Neujahrsempfang des Kirchenkreises am 29. November 2008 unter dieses Schwerpunktthema zu stellen. Der Leiter unseres Diakonischen Werkes, Pastor Stephan Kiepe-Fahrenholz hielt den Hauptvortrag unter dem Titel „Arme Kinder – arme Kirche – armes Land“. Was er sachkundig und zugespitzt formuliert zu diesem Thema vortrug, fand sowohl in der kirchlichen als auch in der politischen Öffentlichkeit aufmerksames Gehör. In Fortsetzung der aus der Sozialpolitischen Konferenz hervorgegangenen Initiative luden wir im Februar in das Veranstaltungsort „Der kleine Prinz“ zu einem „Forum Kinderarmut“ ein. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus unseren Gemeinden, Einrichtungen und Werken folgten dieser Einladung, um ihre Erfahrungen aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen auszutauschen. Das vielleicht wichtigste Ergebnis des Forums Kinderarmut war, dass das Thema auf Dauer nicht dazu taugt, als isoliertes Problem behandelt zu werden, das mit eigens dafür zu schaffenden Projekten zu bekämpfen wäre. Die in unserer Stadt in erschreckend hohem Maße vorhandene materielle Armut von Heranwachsenden ist nicht zu trennen von der Armut an Bildungs- und Ausbildungschancen, der Armut an verlässlichen sozialen Beziehungen und der Armut an gerechten Teilhabechancen.

Die vielfältigen Dienste der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in den Gemeinden, den kreiskirchlichen Werken und den Einrichtungen unserer Diakonie tragen deshalb alle auch in ihrem alltäglichen Geschäft zur Bekämpfung von Kinderarmut bei. Worauf es in nächster Zukunft ankommt, ist, diese Dienste über die einzelne Gemeinde und den einzelnen Träger hinaus sinnvoll zu vernetzen und zu bündeln. Darin besteht die Chance, für die betroffenen Kinder, Jugendlichen und ihre Familien eine orts- und praxisnahe Hilfe anbieten zu können, die mehr ist als die Summe dessen, was wir bereits tun.

4.8. Besuch in unserem Partnerkirchenkreis auf den Philippinen

Vom 7. bis 18 März besuchte ich zusammen mit dem Leiter unserer Info-Stelle Dritte Welt, Martin Schaper, den Partnerkirchenkreis Southern Tagalog Conference auf den Philippinen. Neben verschiedenen Gesprächen bezüglich der Weiterentwicklung der Partnerschaft waren die Ziele der Reise Projektbesuche, der Austausch zur Situation der Menschenrechte auf den Philippinen sowie die Erkundung von Möglichkeiten eines Jugendaustausches.

Von den insgesamt 12 Standorten unseres Partnerschaftsprojektes (der Kirchenkreis Duisburg fördert über 3 Jahre verteilt mit 36.000,-€ Einrichtungen der frühkindlichen Erziehung) konnten wir 9 Standorte besuchen, die meisten davon in der ländlichen Gegend Bondoc Peninsula gelegen, wo die Armut am größten ist. Die Förderung kommt insbesondere unter- oder mangelernährten Kindern zugute, die aus den ärmsten Familien kommen. Neben der vorschulischen Betreuung durch ehrenamtliche Lehrerinnen gibt es in den mit einfachen Mitteln improvisierten Kindertagesstätten eine warme Mahlzeit am Tag für die Kinder. Das ist – gerade in Bondoc Peninsula – alles andere als selbstverständlich. Auch die Eltern werden mit in das Projekt einbezogen, um ihnen gesundheitliche und ernährungsbezogene Beratung zukommen zu lassen. Superintendent Marlino Samonte dankte dem Kirchenkreis Duisburg herzlich für die partnerschaftliche Unterstützung. Martin Schaper und ich konnten uns mit eigenen Augen davon überzeugen, dass jedes einzelne Kind, das eine der geförderten Einrichtungen besuchen kann, für die Nachhaltigkeit des Projektes bürgt. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich den Antrag des Fachausschusses Mission und Ökumene, das Partnerschaftsprojekt um drei weitere Jahre zu verlängern.

Die Wahrnehmung der Menschenrechtssituation bereitete uns dagegen Sorgen. So berichtete Bischof Elizier M. Pascua, Generalsekretär der United Church of Christ in the Philippines (UCCP), bei einem Gespräch, dass auf den Philippinen seit Amtsantritt der Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo im Jahre 2001 mehrere hundert Gewerkschafter, Umweltschützer, Anwälte, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten, darunter auch viele Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter, umgebracht wurden. Besonders zu kritisieren ist auch die Praxis der philippinischen Sicherheitskräfte, politisch auffällig gewordene Personen der Zivilgesellschaft durch dubiose Anklagen systematisch zu kriminalisieren und zu inhaftieren. So wird Pastor Edwin Egar, dessen Frau, Pastorin Julieta Egar, vor drei Jahren in Duisburg zu Gast war, vorgeworfen, zusammen mit weiteren 71 Aktivisten an mehrfachen Morden an Mitgliedern der nationalen Polizei der Philippinen beteiligt gewesen zu sein. Beweise und Indizien werden nicht erbracht. Pastor Egar wird seitdem von der UCCP, der evangelischen Kirche auf den Philippinen, versteckt gehalten, um ihn vor Verhaftung und möglicher Folter zu bewahren.

In der Frage des Jugendaustausches haben wir noch keine endgültige Klarheit erlangt. Unsere Partnerinnen und Partner auf den Philippinen würden sich einen Jugendaustausch sehr wünschen, machen aber gleichzeitig deutlich, dass sie Wert darauf legen, dass die Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die für ein Jahr auf die Philippinen kämen, in Duisburg auch kirchlich angebunden engagiert sind. Finanziell dürfte ein Jugendaustausch für uns zu bewältigen sein, da der Evangelische Entwicklungsdienst für den Großteil der Kosten aufkommen würde. Wir müssten jetzt in Duisburg verstärkt nach Jugendlichen oder jungen Erwachsenen fragen, die willens und in der Lage wären, ein Jahr auf den Philippinen zu verbringen. Es liegt nahe, hierbei an Personen zu denken, die im Erziehungsbereich arbeiten; dann könnte nämlich eine direkte Verbindung zu einem der von uns geförderten Projekte hergestellt werden.

In den letzten Wochen erreichten uns besorgniserregende Nachrichten aus den Philippinen: Zwei Taifune und in deren Gefolge riesige Überschwemmungen kosteten zahlreiche Menschenleben und verursachten immense Schäden. Leider fehlt uns im Moment noch ein genauer Überblick über die Situation in unserem Partnerkirchenkreis.

Ich bin dankbar, dass Arthur Asi, der ehemalige Superintendent der Southern Tagalog Conference und langjährige Förderer unserer Partnerschaft, auf unserer Synode anwesend ist. Von ihm werden wir sicher Informationen aus erster Hand erhalten.

4.9. Die Verwaltungen im Kirchenkreis Duisburg

In den letzten Jahren haben im Bereich des Kirchenkreises verschiedene Verwaltungszusammenschlüsse stattgefunden. Neben der Auflösung der Kirchenkreise Duisburg-Nord und -Süd zum Kirchenkreis Duisburg mit der Einbindung des ehemaligen Gesamtverbandes hat auch eine Fusion der Verwaltungsämter Innenstadt und Buchholz zum Ev. Gemeindeamt Duisburg-Süd und der Gemeindeämter Duisburg-Nord und Hamborn zum Ev. Gemeindeamt Duisburg-Nord stattgefunden. Nachdem im Jahre 2003 das neugegründete Gemeindeamt Duisburg-Süd seine Verwaltung im Haus der Kirche einrichtete, erfolgte in 2009 auch der Umzug des Ev. Gemeindeamtes Duisburg-Nord in das Verwaltungsgebäude des Kirchenkreises Am Burgacker. Mit diesem Einzug sind jetzt alle Verwaltungsstellen des Ev. Kirchenkreises Duisburg unter einer Anschrift erreichbar.

Auch wenn seitens der Verwaltung des Kirchenkreises verschiedenste Dienstleistungen wie Kassen- und Personalverwaltung, kirchliches Meldewesen u.a. übernommen wurden, sind doch noch drei getrennte Dienststellen in einem Hause tätig.

Um die Verwaltung(en) zukunftsfähig zu gestalten, sah der Kreissynodalvorstand die Notwendigkeit, weitere Verwaltungsreformen anzustoßen. In seiner Sitzung am 8. Oktober 2009 hat er dazu folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

- „1. Der Kreissynodalvorstand des Kirchenkreises Duisburg beauftragt den Superintendenten, unter Beteiligung der Verwaltungsleitung, Gespräche mit den Leitungsorganen der Verwaltungsämter Nord und Süd zu führen, mit dem Ziel einer Fusion zu einem Verwaltungsamt.*
- 2. Zur Umsetzung sollte eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den jeweiligen Verwaltungsleitungen sowie bis zu zwei Vertretungen aus den Leitungsorganen, gebildet werden.*
- 3. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, die Fusion der drei Verwaltungsämter vorzubereiten und den Leitungsorganen entsprechende Beschlussvorlagen vorzulegen.*
- 4. Die Arbeitsgruppe sollte extern begleitet werden.*
- 5. Der Kreissynodalvorstand ist über den Prozess regelmäßig zu informieren.“*

Diesen Beschluss habe ich den Leitungen der beiden Gemeindeämter sowie deren Leitungsorganen mitgeteilt, und ich bin zuversichtlich, dass wir uns bald gemeinsam an die Arbeit machen werden.

4.10. Verschiedenes

Ursprünglich hatte ich in diesem Bericht eigene Abschnitte für die Themen Notfallseelsorge und Rahmenplan Pfarrdienst vorgesehen. Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Darstellung, weil beide Themen auf der Tagesordnung unserer Synode stehen und dort jeweils ein ausführlicher Sachstandsbericht gegeben wird. Mir ist aber wichtig, allen, die an der Notfallseelsorge teilnehmen, ganz herzlich für ihren Einsatz zu danken. Ich bin mehrfach auf diesen Dienst der evangelischen Kirche angesprochen worden, und ich bin mir sicher, dass das, was wir da tun, in der Öffentlichkeit unserer Stadt aufmerksam wahrgenommen und geschätzt wird.

Dankbar bin ich auch für die Veränderungsbereitschaft, die ich im Pfarrdienst wahrgenommen habe.

Die Gestellungsverträge, die wir im Spätsommer abschließen konnten, lösen zwar noch nicht alle Probleme; sie tragen aber wesentlich dazu bei, dass wir den von der Synode beschlossenen Soll-Zahlen für das Jahr 2015 näher kommen. Danken möchte ich an dieser Stelle auch unserem Schulreferenten, Pfarrer Harald Bredt, der entscheidend dazu beigetragen hat, dass die genannten Gestellungsverträge abgeschlossen werden konnten.

Am 26. August feierte die **Evangelische Beratungsstelle Duisburg/Moers** ihr **30jähriges Bestehen** mit einem Gottesdienst und einem Festakt in Hamborn. In den vergangenen drei Jahrzehnten wandten sich ca. 28.000 Ratsuchende aller Altersstufen und Lebenslagen mit Erziehungs-, Familien- und Partnerschaftsproblemen und in persönlichen Lebenskrisen an die Beratungsstelle. Hinzu zu rechnen sind 6.000 schwangere Frauen, die seit dem Start der Schwangerschaftskonfliktberatung im Jahr 2001 in schwierigen Lebenslagen oder im Schwangerschaftskonflikt hier Hilfe suchten. Und ich bin dankbar, dass hier als Kirche ein niedrig-schwelliges Beratungsangebot machen können, das Menschen, die unter großem seelischen Druck stehen, nicht auf den St. Nimmerleinstag vertröstet, sondern auch in der Lage ist, zeitnah und wirksam zu helfen.

5. Von Personen

Mehrere Pfarrerinnen und Pfarrer z. A. beendeten im Berichtszeitraum ihren Dienst und verließen den Kirchenkreis:

PfarrerIn z. A. Christina van Anken beendete ihren Dienst in der Gemeinde Neumühl; sie fand eine Anstellung in der Altenheim-Seelsorge in Hannover;

Pfarrer z. A. Alexander Warnke, der mit 50 % Dienstumfang für die Entlastung des Skriba zuständig war, ist jetzt als Kirchenmusiker in Mecklenburg-Vorpommern tätig;

Pfarrer z. A. Oliver Meyhöfer, Gemeinde Alt-Duisburg, bewarb sich zusammen mit seiner Ehefrau erfolgreich auf eine Pfarrstelle in der Schweiz;

PfarrerIn z. A. Susanne Beinhorn beendete im September ihren Dienst in der Bonhoeffer Gemeinde.

Ich habe auf der Landessynode mit für die entsprechenden Beschlüsse gestimmt, weil ich dazu keine Alternative gesehen habe. Trotzdem bedrückt es mich zu erleben, wie Menschen, die eine gute pastorale Arbeit gemacht haben, in andere Arbeitsfelder oder in andere Kirchen abwandern müssen, weil wir ihnen keine berufliche Perspektive im Pfarrdienst bieten können.

Zum 1. Juli 2009 kam als **Pfarrer z. A. Alexander Schwan** neu in unseren Kirchenkreis. Am 4. Oktober wurde er durch den Assessor Pfarrer Dietmar Reumann-Claßen in die mbA – Stelle zur Entlastung von Assessor und Skriba eingeführt.

Am 21. Juni 2009 wurde der ehemalige Pfarrer z. A., **Andreas Losch** als **Pastor im Ehrenamt** in der Gemeinde Ruhrort-Beck ordiniert.

Am 30. August 2009 habe ich in Obermeiderich den Prediger der landeskirchlichen Gemeinschaft, **Christian Stock** als **Prädikant** ordiniert.

Am 26. April 2009 wurde **Pfarrer Hans-Peter Lauer** in die 1. Pfarrstelle der Evangelischen Bonhoeffer Gemeinde Marxloh – Obermarxloh eingeführt. Er versieht seinen Gemeindedienst im Umfang von 75%, mit 25% bleibt er dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt erhalten. Diese Aufteilung ist nicht nur den Gemeindegliederzahlen geschuldet, sondern sie bietet die Chance, aus der Verbindung von gemeindlichen und übergemeindlichen Diensten Synergien zu erzielen und diese fruchtbar zu machen.

Auf unserer letzten Herbstsynode hat sich **Oberkirchenrat Immel** als zuständiger Ortsdezernent verabschiedet, und wir haben ihm für seine Tätigkeit gedankt. Dieser Wechsel hing mit den veränderten Strukturen im Landeskirchenamt zusammen. Es gibt kein Ortsdezernat mehr, dem eine Juristin, ein Jurist sowie eine Theologin, ein Theologe angehören. Stattdessen gibt es eine Kirchenkreisbegleitung, die für den Kirchenkreis Duisburg jetzt **Landeskirchenrätin Gudrun Gotthardt** wahrnimmt. Auf der Tagung unserer Synode am 5. / 6. Juni konnten wir sie zum erstenmal begrüßen. Neben der Kirchenkreisbegleitung ist im Landeskirchenamt ein zentrales Kirchenkreisdezernat eingerichtet worden. Der dort für uns zuständige Beamte ist **Herr Jochen von der Heidt**, in Duisburg ja auch kein Unbekannter. Die Zusammenarbeit in den neuen Strukturen hat gut begonnen und ich bin zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft offen und vertrauensvoll zusammenarbeiten werden.

6. Dank

Wenn ich den Berichtszeitraum überblicke, gewinne ich den Eindruck, dass wir im Kirchenkreis Duisburg vieles möglich gemacht haben und kräftig dabei sind, noch mehr möglich zu machen. Das alles ist aber nur möglich, weil sich viele Menschen an den unterschiedlichsten Stellen im Kirchenkreis einbringen: ihre Zeit, ihre Kraft, ihre Ideen – und dabei immer auch ein Stück von sich selbst. Und deshalb arbeite ich gerne in diesem Kirchenkreis und erlebe in dieser Arbeit – neben allen Belastungen – immer wieder Bereicherung und Erfüllung. Dafür bin ich dankbar. Dabei vergesse ich nicht, dass wir mit allem, was wir möglich machen, im Bereich des Vorletzten bleiben. Das macht gelassen und das macht dankbar gegenüber dem, der uns aus der unendlichen Fülle seiner Möglichkeiten immer wieder neue Möglichkeiten schenkt.

Duisburg im Oktober 2009

Armin Schneider